

Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg



CDU-Kreisverband Sigmaringen

Kultusministerin Susanne Eisenmann stellt die Eckpunkte des MINT-Exzellenzgymnasiums in Bad Saulgau vor

CDU Baden-Württemberg

CDU Baden-Württemberg

XXXXXXXXXX

» Seite XX

XXXXX

» Seite XX

Letzte Kreisvorstandssitzung vor der Sommerpause

In lockerer Runde traf sich der Kreisvorstand vor der Sommerpause zum traditionellen Grillfest in Krauchenwies beim Reservistenheim. Nach der offiziellen Tagesordnung ging es zum gemütlichen Teil über.



Der Kreisvorsitzende Klaus Burger MdL verabschiedete die langjährige Kreisvorsitzende der Senioren-Union, Waltraud Frensch. Mit einem Blumenstrauß bedankte er sich bei Frau Frensch für Ihren unermüdlichen Einsatz und wünschte Ihr für die Zukunft alles Gute.



Neues Mandat und neue Aufgaben

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

der Start in die neue Legislaturperiode im Europäischen Parlament war sehr spannend. Denn nicht nur die Spitzenpositionen waren neu zu besetzen – worüber die Presse ausführlich berichtete – sondern wir haben in den Ausschüssen auch neue Koordinatoren und Ausschussvorsitzende gewählt. Am 3. Juli wurde ich zum EVP Koordinator im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gewählt. Im Laufe der Woche ergab sich die Möglichkeit einen noch größeren Schritt zu machen. Manchmal im Leben muss man einfach springen. Daher habe ich mich am 10. Juli als Ausschussvorsitzender beworben und dies mit Erfolg. Nun bin ich Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses. Da ein Doppelposten als Ausschussvorsitzender und gleichzeitig Koordinator der eigenen Fraktion nicht möglich ist, habe ich das Amt des Koordinators wieder abgegeben. Viele Abgeordnete sind zum ersten Mal als Mitglied in das 9. Europäische Parlament eingezogen. Sie werden neue Ideen einbringen und versuchen, eigene Akzente zu setzen. Das wird nicht immer im Sinne des europäischen Gedanken sein, da die rechten Kräfte unser Bestreben nach Kontinuität und Einheit zu torpedieren versuchen. Auch deren Abstimmungsverhalten wird sich erst mit der Zeit voraussagen lassen. Ein Grund mehr, dass ich mich für eine klare Linie im Ausschuss stark mache. Die Landwirtschaft und der ländliche Raum brauchen einen starken Fürsprecher in Europa. In meiner neuen Rolle werde ich mich

gemeinsam mit der EVP dafür einsetzen. Wie der Brexit ablaufen wird, ist nach wie vor unklar. Auch ich kann die Auswirkungen nur erahnen. Umso wichtiger ist es, für ein Europa zu kämpfen, das für Frieden, Stabilität und Wachstum steht. Dabei darf natürlich auch der Klimawandel nicht außer Acht gelassen werden. Gerade die Landwirtschaft steht der großen Herausforderung gegenüber, sich auf vermehrte Trockenheit und große Hitze einstellen zu müssen. Lösungen müssen erarbeitet und entwickelt werden. Und ich denke gerade hier müssen wir auch noch stärker auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger reagieren und unsere Handlungsstärke beweisen. Das wichtigste Thema in dieser Legislaturperiode wird die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 sein. Schon im April hatte der Agrarausschuss einen Entwurf vorgelegt. An diesem wollen wir weiterarbeiten. Wie bisher liegen mir die Belange der ländlichen Regionen in Europa am Herzen. Ich werde deren Entwicklung tatkräftig unterstützen und meine eigenen Erfahrungen einbringen. Sie können sich darauf verlassen, dass ich auch weiterhin für einen praktikablen Ausgleich zwischen Ökologie bzw. Biodiversität und Ökonomie kämpfen werde. Es gibt viel zu tun! Ich starte mit Tatendrang und Zuversicht in meine neue Aufgabe als Ausschussvorsitzender. Wenn Sie Anregungen und Wünsche haben, kontaktieren Sie mich jederzeit gerne.



Foto: Bettina Scriba

Und zu guter Letzt möchte ich Sie schon heute auf die Herbsttour hinweisen. Da die Sommertour aufgrund des Wahlkampfes ausfiel, ist es mir ein Anliegen, Zeit mit Ihnen / Euch in meinem Wahlkreis zu verbringen. Die Termine im Einzelnen:

Dienstag, 29.10.2019, CDU Kreisverband Sigmaringen und Zollernalb

10 Uhr Rundgang auf dem Aussiedlerhof von Karl-Josef Reck in Hohentengen-Beizkofen

15 Uhr Zollernalbkreis

An den folgenden Tagen bin ich in den Kreisen Bodenseekreis und Ravensburg (28.10.), Tübingen und Reutlingen (30.10.) sowie Biberach und Alb-Donau-Ulm (31.10.) unterwegs. Alle aktuellen Informationen werden auch auf meiner Website www.norbert-lins.de veröffentlicht.

Mit besten Grüßen

Ihr
Norbert Lins

Aus dem Deutschen Bundestag

Thomas Bareiß

Gute Nachrichten für die Zollschule Sigmaringen: Der Neubau kommt!

Thomas Bareiß freut sich über 250 Millionen Euro Investition vom Bund in den Neubau auf dem ehemaligen Kasernenareal, wie im Finanzstaatssekretär Bösinger bestätigte. Nach jahrelangem Einsatz ist das ein deutliches Bekenntnis für die Zollschule Sigmaringen als wichtigem Ausbildungsstandort. Gleichzeitig forderte Thomas Bareiß auch, dass bei dem Bau auch Wert auf Erweiterungsmöglichkeiten gelegt werden müsse, sodass eine weitere Stärkung des Ausbildungsstandortes möglich ist.

Foto: Luisa-Maria Spoo



Impressionen der 15. Sommertour mit unserem Abgeordneten Thomas Bareiß

Auch in diesem Jahr war Thomas Bareiß für fast vier Wochen in unserer Heimat unterwegs auf seiner nunmehr 15. Sommertour. Dabei nahm er über 50 Termine wahr und besuchte zahlreiche Firmen, Einrichtungen, Vereine, Feste und Verbände, um sich vor Ort über die Anliegen zu informieren und auszutauschen.



Bei der Eröffnung des Gaukinderturnfestes in Sigmaringendorf



Ortsrundgang in Beuron und Besuch der Schlafzässer des „Haus im Donautal“



Beim Happy-Family-Day in Bad Saulgau



Beim 14er Rat – dem Jugendrat - der Stadt Scheer



Fassanstich beim 30. Jubiläum des Angerfestes in Herbertingen



Gemeindebesuch in Inzigkofen

Fotos: Luisa-Maria Spoo

Brennpunkt Pflege: Thomas Bareiß veranstaltet Pflegegipfel

Auf Einladung von Thomas Bareiß war der Pflegebeauftragte der Bundesregierung und Staatssekretär Andreas Westerfellhaus im Wahlkreis zu Gast, um gemeinsam mit den Menschen vor Ort über das Thema Pflege zu sprechen. Nach einem gemeinsamen Besuch der Akademie für Gesundheitsberufe in Albstadt und einem Gespräch mit den Pflegeschülern, lud Thomas Bareiß nach Sigmaringen in die ProCurand Seniorenwohnanlage Fideliswiesen zum gemeinsamen Austausch.

Foto: Luisa-Maria Spoo



Unser Kreis darf nicht abgehängt werden:

Thomas Bareiß lädt Experten für Breitbandgipfel



Foto: Luisa-Maria Spoo

Eine gute Breitbandversorgung ist entscheidend für die Raumschaft, den Mittelstand und die Menschen vor Ort. Dafür ist es wichtig, dass alle an einem Strang ziehen, um diese schnell zu verbessern. Aus diesem Grund lud Thomas Bareiß Spitzenbeamte und Führungskräfte der Netzbetreiber sowie die zuständigen Vertretern aus Bund, Land und Kommune zum Gespräch, um alle wichtigen Akteure zu vernetzen und den Netzausbau im Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen zu beschleunigen. Ebenso wurde das Thema Mobilfunk und die mangelnde Verständigung mit den Telekommunikationsanbietern besprochen, die häufig zu Doppelungen oder parallelen Bauvorhaben führt. Hier versprochen die Netzbetreiber eine Liste ihrer Bauvorhaben an die Kommunen und Gemeinden zu übermitteln. Ein erster Schritt für mehr Effizienz.

METZGEREI
FRICK
...Feines aus dem Ländle!

Ständig aktuelle Angebote unter:
www.metzgerei-frick.de

Heizung · Sanitär · Klempnerei
DROXNER

Heizungsbau • Sanitärtechnik
Klempnerei
Solaranlagen • Lüftung
Energieberatung
Kundendienst

Droxner GmbH
Unter der Linde 8
88605 Ringgenbach
Telefon 07575/93124
Telefax 07575/93125
www.droxner.de

Mit Kompetenz und Technik überzeugen

Aus dem Deutschen Bundestag

Partnerschaft mit Afrika stärken: Besuch des ruandischen Botschafters

Afrika ist ein Riesenkontinent mit einem Riesenpotential für den Mittelstand. Aus diesem Grund veranstaltete Thomas Bareiß einen Afrika-Thementag und lud den Botschafter der Republik Ruanda Igor César ein. Gemeinsam besuchten sie den Sigmaringen Standort der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, wo neben der Vorstellung der Hochschule bei der anschließenden Campusführung, die verschiedenen Labore besucht wurden. Im Anschluss daran stand noch ein Besuch mit Führung in der Brauerei Zoller-Hof in Sigmaringen auf dem Programm.

Foto: Luisa-Maria Spoo



Bohner Immobilien und Hausverwaltungen

Wir verwalten Ihre Wohnanlage kompetent und zuverlässig.

Am Angel 7 in 72505 Krauchenwies
Tel.: 07576 / 929 942 oder Mobil: 0162 / 63 72 405
E-Mail: Matthias-Bohner@web.de
Web: www.bohner-hv.de



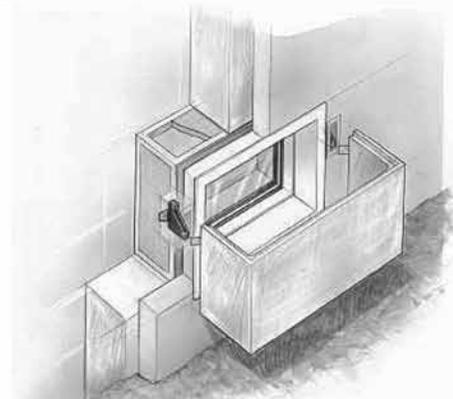
BÜCHELER

Rolladenbau
72514 Vilsingen
Tel. 0 75 71 / 5 20 03
Fax 0 75 71 / 5 22 24
buecheler.rolladen@googlemail.com

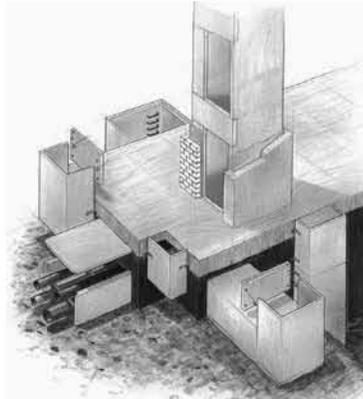
Rolladen • Jalousien • Markisen
Wintergartenbeschattungen

Bernhard Jäger Betonwerk GmbH & Co. KG
Donaustr. 3
88512 Mengen

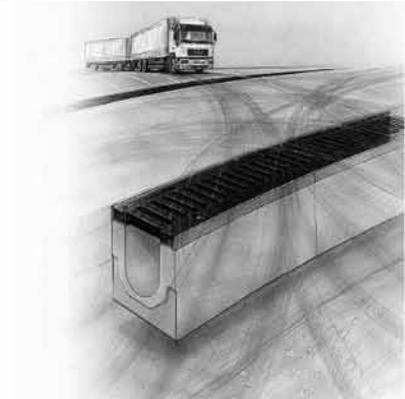
JÄGER
BETONTEILE



**Kellerfenster- und
Lichtschachtsysteme**



**Beton-
Fertigteilschächte**



**Entwässerungs-
systeme**

www.jaeger-beton.de / Tel: 07572-76050 / Fax: 07572-760533

Lothar Riebsamen

Bilanz zur Halbzeitpause

Im Fußball ist Halbzeit, wenn der Schiedsrichter pfeift. In der Politik sieht das etwas anders aus. Bei uns im Bundestag endete die Halbzeit wohl mit der letzten namentlichen Abstimmung am Freitagnachmittag der letzten Juni-Woche. Und damit verabschiedeten wir Abgeordneten uns in die Halbzeitpause – auch sitzungsfreie Zeit genannt. Für mich bedeutet das mehr Zeit für Termine im Wahlkreis, und auch ein bisschen Urlaub. Aber auch Zeit, nachzudenken und Bilanz zu ziehen. Auch wenn die offizielle Bilanz, die wir mit der SPD im Koalitionsvertrag festgelegt haben, noch nicht gezogen wurde, möchte ich gerne festhalten, wo wir stehen. Knapp die Hälfte der Legislaturperiode ist bereits um. Nach, zugegebenermaßen, recht langen Koalitionsverhandlungen starteten wir mit Vollgas in die Regierungsarbeit.

Wir haben viele Erleichterungen für Familien geschaffen. Wir haben Kindergeld und Kinderzuschlag erhöht, das Baukindergeld eingeführt, geben 5,5 Mrd. Euro für bessere Kitas aus, sorgen für mehr Erziehungskräfte und weniger Gebühren.

Die Arbeitnehmerrechte wurden gestärkt. Die Brückenteilzeit wurde eingeführt. Wir sorgen für eine Beitragsentlastung in Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Wir haben den Mindestlohn erhöht. Mit der Anpassung des BAföG sorgen wir dafür, dass kein Studium am Geld scheitert. Wir erhöhen den Förderhöchstsatz um mehr als 15 Prozent von derzeit 735 Euro auf rund 850 Euro monatlich. Außerdem heben wir die Einkommensfreibeträge um insgesamt 9 Prozent an, damit mehr Familien das BAföG in Anspruch nehmen können. Wir nehmen auf unserem Weg zur Vollbeschäftigung auch Menschen mit, die schon länger arbeitslos sind, und eröffnen ihnen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Dafür nehmen wir mit dem Teilhabechancengesetz in dieser Legislaturperiode insgesamt 4 Milliarden Euro zusätzlich in die Hand. Das zeigt: Wir setzen auf maximale Unterstützung für die, die sich anstrengen, unter anderem mit Coachings für Betroffene und ihre Familien sowie mit Lohnkostenzuschüssen.

Wir haben ein Rentenpaket geschnürt. Damit halten wir das Rentenniveau stabil bei 48 Prozent, außerdem haben wir Verbesserungen bei der Mütter- und der Erwerbsminderungsrente eingeführt.

Um mehr Wohnraum zu schaffen, haben wir neben dem Baukindergeld 2 Milliarden Euro für 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen bis 2021 bereitgestellt. Wir haben das

Grundgesetz geändert, um die Länder beim sozialen Wohnungsbau zu unterstützen und die Mietpreisbremse verschärft. Mit geringeren Steigerungen bei den Mietkosten nach Modernisierungen schaffen wir bezahlbaren Wohnraum. Wir haben das Vergaberecht im Baubereich flexibilisiert, um schneller neuen Wohnraum und die entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Wir haben die steuerlichen Anreize für den Neubau von Mietwohnungen erhöht, indem wir Sonderabschreibungen für beantragte Bauvorhaben einführen.

Deutschland soll ein starker Industriestandpunkt bleiben. Um den Anschluss an die internationalen Entwicklungen nicht zu verlieren, investieren wir auch in Forschung und Technik. Wir fördern künstliche Intelligenz, und drängen darauf, Forschungsergebnisse schneller in die Praxis zu übertragen.

Der Verbraucherschutz wurde verbessert. Verbraucher können sich künftig gegenüber Unternehmen zusammentun und schneller zu ihrem Recht kommen. Ihre Rechte sind durch die Musterfeststellungsklage leichter durchsetzbar. Die Bundesregierung hat die Reduktionsstrategie für weniger Fett, Zucker und Salz beschlossen. Mit konkreten Zielvereinbarungen und einem engen Monitoring nehmen die Beteiligten aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik den Kampf gegen Übergewicht auf. Ein Teil der Strategie wird das Verbot von zugesetztem Zucker in Babyessen. Mit der Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches stärken wir die Verbraucherinformation. Einzelne Verstöße gegen Hygienevorschriften werden offengelegt. Dabei haben wir auch den Belangen kleinerer und mittlerer Lebensmittelbetriebe Rechnung getragen.

Auch für's Klima haben wir in dieser Legislaturperiode wieder viel getan. Wir haben ein Konzept für saubere Luft und Mobilität erstellt. Es ist ein Maßnahmenpaket für die deutschen Städte, u. a. die Förderung von sauberen Bussen. Der Bund stellt dafür bis 2020 eine Milliarde Euro zur Verfügung. Wir haben ein neues Verpackungsgesetz geschaffen: Die Recyclingquoten werden deutlich erhöht. Außerdem werden Hersteller bei den Lizenzentgelten belohnt, die recyclingfähige Verpackungen einsetzen und Rezyklate verwenden. Der Ausstieg aus der Stromgewinnung aus (Braun)kohle ist auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ liegen vor. Deutschland ist einzigartig in der Welt – wir steigen bis 2022 aus der Atomenergie und

bis 2038 aus der Kohleverstromung aus! Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz bringt die Energiewende voran durch schnellere Verfahrensschritte, einfachere Genehmigungen und bessere Entschädigung für Grundstücksbesitzer, die ihre Grundstücke schneller zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung hat mit dem „Konzept für saubere Luft und Mobilität“ im Herbst 2018 ein Maßnahmenpaket für die deutschen Städte vorgelegt. Fahrverbote vor allem für Dieselfahrer sollen damit soweit wie möglich vermieden werden. Ein Baustein ist die Förderung von sauberen Bussen im öffentlichen Nahverkehr der Städte. Dafür stellt der Bund insgesamt bis 2020 eine Milliarde Euro zur Verfügung. Fahrverbote in Innenstädten sind eine sehr einschneidende Maßnahme. Damit auch hier das Gebot der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt, haben wir das Bundes-Immissionsschutzgesetz angepasst. Wir haben klargestellt, dass Fahrverbote in der Regel in Gebieten unverhältnismäßig sind, in denen der Stickstoffdioxidwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht überschritten wird. Damit sollen in Städten mit nur leichten Grenzwertüberschreitungen künftig Fahrverbote vermieden werden. Zudem haben wir das Straßenverkehrsgesetz geändert, um bei Fahrverboten dafür zu sorgen, dass Kontrollen verhältnismäßig bleiben: Es wird keine festinstallierten Blitzer geben, die den ganzen Tag alle Fahrzeuge erfassen. Das ist ein guter Anfang und wir werden auch weiterhin für den Klimaschutz kämpfen. Dabei ist es mir wichtig, besonnen und umsichtig mit diesem wichtigen und komplizierten Thema umzugehen. Hysterie und Schnellschüsse bringen uns langfristig nicht weiter. Das Pariser Klimaabkommen ist dabei für mich das Maß aller Dinge. Denn nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir unsere Ziele erreichen.

Mit insgesamt acht Einzelgesetzen kommen wir unserem Ziel, Migration zu steuern, zu ordnen und in ihrem illegalen Teil klar zu begrenzen, einen großen Schritt näher. Mit dem „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ erleichtern wir die Einwanderung von Fachkräften mit qualifizierter Berufsausbildung ein. In den Verhandlungen haben wir darauf geachtet, dass zwischen der Fachkräftegewinnung für den deutschen Arbeitsmarkt und unseren humanitären Verpflichtungen klar unterschieden wird, auch um keine Anreize für illegale Migration nach Deutschland zu setzen. Zu einer überzeugenden Migrationsgesetzgebung gehört für uns nicht allein die Gewinnung

Aus dem Deutschen Bundestag

von Fachkräften, sondern auch zwingend die klare Begrenzung der illegalen Migration, die nur bei konsequenter Durchsetzung von bestehenden Ausreisepflichten denkbar ist. Ende 2018 waren in Deutschland rund 240.000 Personen vollziehbar ausreisepflichtig und zusätzlich rund 280.000 Klagen gegen ablehnende Asylentscheidungen des BAMF anhängig, die in der ganz großen Mehrzahl erfolglos sein werden. Deshalb schärfen wir mit Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft die Instrumente, um die Ausreise abgelehnter Asylbewerber wirksam durchzusetzen. Wir erhöhen den Druck auf Identitätstäuscher sowie Mitwirkungsverweigerer und kürzen Leistungen für Migranten, die in einem anderen EU-Staat Asyl beantragt haben oder dort als schutzbedürftig anerkannt worden sind.

Wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für vorübergehend anerkannte Asylbewerber (subsidiär Schutzberechtigte) abgeschafft und lassen nur ein kleines Kontingent von bis zu 1.000 nachziehenden Familienangehörigen pro Monat aus humanitären Gründen zu. Wir haben im Bundestag beschlossen, dass Tunesien, Algerien und Marokko - sowie nun auch Georgien - künftig zu den sicheren Herkunftsstaaten gehören sollen, nachdem im Jahre 2017 die Einstufung am Votum des Bundesrates gescheitert war. Asylanträge von Antragstellern aus diesen Ländern können bei der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten schneller und unkomplizierter bearbeitet werden. Wir haben anerkannte Asylbewerber zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet. Das bisherige Fehlen einer solchen Pflicht hatte sich insbesondere bei im schriftlichen Verfahren erteilten Anerkennungen als problematisch erwiesen. Wir sorgen für einen starken Staat und garantieren innere Sicherheit. Der Koalitionsvertrag vereinbart 7.500 zusätzliche Stellen für Sicherheitskräfte. Der Pakt für den Rechtsstaat schafft 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte, um die Justiz zu entlasten. Wir erhöhen die Zuschüsse zur privaten Einbruchssicherung. Wir helfen den Ländern mit über 180 Millionen Euro, damit diese mehr in neue Einsatzfahrzeuge bei Feuerwehr und Rettungsdiensten investieren. Gerichtsverfahren sollen beschleunigt und vereinfacht werden. Insbesondere Strafprozesse sollen effizienter werden, damit die zusätzlichen Kapazitäten nicht durch Missbrauch von Verfahrensvorschriften aufgezehrt werden. Die Digitalisierung der Justiz und Polizei soll zügig vorangebracht werden. Auch der Opferschutz wird gestärkt. Die Länder erhalten vom Bund für die Umsetzung insgesamt 220 Millionen Euro.

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir noch die Weichen für zwei wich-

tige gesetzliche Änderungen gestellt. Mit dem Datenschutzanpassungsgesetz schaffen wir Erleichterungen für kleine Unternehmen und Vereine. So haben wir das Erfordernis eines Datenschutzbeauftragten für kleine Unternehmen und Vereine, aber auch die Abmahnmöglichkeiten eingeschränkt. Es war uns ein wichtiges Anliegen, dadurch unverhältnismäßigen Belastungen entgegenzutreten. Mit der geplanten Grundsteuerreform entlasten wir außerdem Kommunen. Jedes Land kann dann ohne inhaltliche Vorgaben des Bundes sein eigenes Grundsteuer-Gesetz machen. Damit stärken wir die föderale Vielfalt und ermöglichen passgenaue Lösungen. Gerade für den Bodenseekreis sehe ich das als große Errungenschaft an.

Und bei all diesen Maßnahmen setzen wir die Politik der Schwarzen Null fort. Die Schuldenstandquote sinkt erstmals seit 2002 unter den Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, wie ihn der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgibt.

In der „Halbzeitpause“ gilt es jetzt, uns geistig und körperlich zu erholen, und die Akkus wieder aufzuladen, um dann mit frischer Energie in die zweite Halbzeit zu starten – wir wollen hoffen, dass wir noch bis zum regulären Abpfiff kämpfen dürfen. Ich hoffe, dass die Große Koalition die Gelegenheit bekommt, bis zum Ende der Legislaturperiode unsere bisher gute Bilanz fortzuführen. Jetzt müssen wir nochmal zeigen, was wir können. Das Spiel ist noch nicht gewonnen und es gibt noch viel zu tun. Dafür gehört für mich vor allem die Sicherung der Zukunft der Rente (private Altersvorsorge), die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Stadt und Land, das Klimaschutzgesetz, Energiewende, die Abschaffung des Soli und der Ausbau des 5G-Netzes.

Was tut die CDU für den Klimaschutz?

Alle reden momentan über Klimaschutz. Dabei kann oft der Eindruck entstehen, dies sei ein Thema, das von den Grünen und der Fridays-For-Future-Bewegung neu erfunden wurde. Dabei setzen wir in der Union den Klimaschutz schon seit 35 Jahren um. Seitdem machen wir Klimaschutz und Wirtschaft zu Verbündeten. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen wie die Einführung von Tempo 30-Zonen, das FCKW-Verbot und die Einleitung der Energiewende durch das Stromeinspeisungsgesetz mit der damaligen Vorrang- und Vergütungsregelung für „grünen Strom“. Das ist ein guter Anfang und wir werden auch weiterhin für den Klimaschutz kämpfen. Dabei ist es mir wichtig, besonnen und umsichtig mit diesem wichtigen und komplizierten Thema umzugehen. Hysterie und Schnellschüsse bringen uns langfristig nicht weiter. Das Pariser Klimaabkommen ist dabei für mich das

Maß aller Dinge. Denn nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir unsere Ziele erreichen.

Alleine in den letzten beiden Jahren haben wir einige Weichen für die Zukunft gestellt. So trat die Novelle des Erneuerbaren Energiengesetz mit der grundsätzlichen Umstellung auf Ausschreibungen in Kraft. Wir haben den G20-Plan gegen Meeresmüll durchgeführt. Außerdem veranstalteten wir die erfolgreiche Weltklimakonferenz COP23 in Bonn. Das Konzept für saubere Luft und Mobilität ist ein Maßnahmenpaket für die deutschen Städt. Dort ist unter anderem die Förderung von sauberen Bussen aufgelistet. Der Bund stellt bis 2020 eine Milliarde Euro zur Verfügung. Mit der Förderung strombasierter Kraftstoffe wollen wir die Energiewende im Verkehr vorantreiben. Diese können vor allem im Schwerlast-, Schiffs- und Flugverkehr einen wichtigen Baustein für eine klimaneutrale Mobilität darstellen. Auch dafür haben wir eine Förderung in Milliardenhöhe vorgesehen.

Dieses Jahr trat ein neues Verpackungsgesetz in Kraft. Damit werden die Recyclingquoten deutlich erhöht. Außerdem werden Hersteller bei den Lizenzentgelten belohnt, die recyclingfähige Verpackungen einsetzen und Rezyklate verwenden. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz bringt die Energiewende voran durch schnellere Verfahrensschritte, einfachere Genehmigungen und bessere Entschädigung für Grundstücksbesitzer, die ihre Grundstücke schneller zur Verfügung stellen. Als wichtigsten Schritt sehe ich dieses Jahr, dass wir den Ausstieg aus der Stromgewinnung aus (Braun)kohle auf den Weg gebracht haben. Dabei ist es mir wichtig, festzuhalten, dass 2038 ein letzter Termin ist. Wenn es uns gelingt, das Ziel vorher zu erreichen, ist das natürlich umso besser. Wir werden in Kürze mit den ersten Abschaltungen anfangen, bis 2030 wollen wir mindestens 60 Prozent erreichen. Damit ist Deutschland das weltweit einzige Land, das aus Atom- und Kohleenergie aussteigt!

Ein Eckpunktepapier zum Strukturwandelgesetz wurde von der Bundesregierung bereits verabschiedet. Wir führen momentan Gespräche mit Energieversorgern über eine einvernehmliche Lösung für den Ausstieg. Wir wollen den Kohleausstieg möglichst im Einklang mit den Unternehmen schaffen. Denn hier sind Eigentumsrechte zu beachten. Wir müssen den Wandel in Einklang mit der Industrie vollziehen! Denn wenn wir beispielsweise unsere Aluminiumindustrie wegen zu hoher Strompreise oder fehlender Strommengen kaputt machen, dann wird Aluminium oder Stahl künftig woanders produziert und wir müssen es importieren. Das bringt für das Klima insgesamt keinen Vorteil.

Es müssen außerdem erst neue Arbeitsplätze geschaffen werden, bevor wir die Kohlekraftwerke abschalten können. Nach der Sommerpause wird es einen Gesetzentwurf zum Strukturwandel in den Kohleregionen geben. Durch das Strukturstärkungsgesetz denken wir an den Menschen und schaffen erst Perspektiven, bevor wir Kraftwerke vom Netz nehmen.

Schließlich muss die Versorgungssicherheit sichergestellt werden. Wir brauchen als Ersatz Gaskraftwerke. Es gibt momentan noch einige Probleme mit Erneuerbaren Energien. - Problem mit Aufstellen der Windräder: Wenn wir die 1 000-Meter-Abstände aufgrund des Emissionsschutzes der Anwohner umsetzen wollen, können wir maximal noch Windkraftanlagen für 10 bis 15 Gigawatt terrestrisch anlegen. Es gibt zurzeit 1 100 Bürgerinitiativen gegen Windkraft. Die meisten gibt es in den Ländern, wo die Grünen an prominenter Stelle mitregieren (u.a. BW). - Wir brauchen Leitungen nach Süddeutschland! - Mit Photovoltaik kann Windenergie nicht ersetzt werden: wir haben uns das Ziel gesetzt, nur noch 30 Hektar Fläche pro Tag zu brauchen. Wenn wir jetzt 90 Gigawatt Solarleistung aufbauen wollen, dann benötigen wir nach den Ausschreibungsergebnissen 2015/2016 in etwa 150 000 Hektar Land, wenn wir sie terrestrisch bringen. Das entspricht 15 Jahren des gesamten Flächenbedarfes, den wir uns vorgenommen haben.

Die Abschaltung der Kohlekraftwerke bringt außerdem einige Konsequenzen mit sich, die

uns oft gar nicht so bewusst sind. So könnte der vorzeitige Ausstieg aus der Kohleförderung beispielsweise zu Wasserproblemen führen. 60 bis 70 Prozent des Wassers, das in der Spree vorbeikommt wird vom Tagebau eingespeist, weil es gehobenes Grundwasser ist. Auch die Gipsversorgung ist betroffen - Sechs Millionen Tonnen, also 60 Prozent des deutschen Gipsbedarfes kommt aus Kohlekraftwerken. Wie soll es beim Mietwohnungsbau weitergehen wenn der Gips knapp wird? Für diese Themen muss erst eine Lösung gefunden werden, bevor wir die Kohleverstromung einfach abschaffen können.

Gleichzeitig kommen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien kommen wir gut voran. Wir haben mit den erneuerbaren Energien so viel Kapazität geschaffen, dass der Wegfall der Kernenergie durch Erneuerbare ersetzt werden kann. Das hat 1,5 Jahrzehnte gedauert. Über 40% der Nettostromerzeugung erfolgt mittlerweile durch die Erneuerbaren. Im ersten Halbjahr 2019 lag dieser Anteil sogar bei 44%. Wir haben die Erneuerbaren durch Ausschreibungen wettbewerbsfähig gemacht. Wir werden die Ziele des Koalitionsvertrages, bis 2030 65% des Strombedarfs durch Erneuerbare zu decken, umsetzen. Wir sind dabei, jetzt auch die entsprechenden Jahresscheiben so scharf zu stellen, dass es funktioniert - auch im Sinne der Akzeptanz der Bürger.

Im Europäischen Vergleich stehen wir gut da. Deutschland hat in der Kohlekommission beschlossen, bis 2038 den Kohleanteil um 42,6 Gigawatt zu reduzieren. Das ist mehr als

das Doppelte wie in ganz Europa zusammen. Anstrengungen zur Dekarbonisierung und Klimaneutralität sollten allerdings möglichst global, zumindest aber auf europäischer Ebene unternommen werden. Deutschland braucht deshalb übertragbare Konzepte, die wir exportieren können. So werden wir unserer globalen Verantwortung gerecht, denn da ist der Hebel viel größer

Der Ausstoß von Treibhausgasemissionen ging allein im letzten Jahr um 4,5 Prozent zurück. Um diesen noch weiter zu senken, brauchen wir viele Instrumente. So müssen wir unterschiedliche Technologien einsetzen, die Energieeffizienz steigern und den Ausstoß von CO₂ reduzieren. Wir müssen die Erneuerbaren noch stärker in die Bereiche Wärme und Mobilität bringen. Auch Mieterstrom, Power-to-X und Schwarzlaugung sind Ansatzpunkte. Wir brauchen zudem eine Abgaben- und Gebührenreform, die stärker auf CO₂-Gesichtspunkten basiert und sektorübergreifend erfolgt. CO₂-Bepreisung ist ein Instrument, das wir brauchen werden, aber die Lenkungswirkung muss gesichert sein, und das schaffen wir nicht durch einfache Preiserhöhungen. Egal ob wir das über Steuern oder CO₂-Abgaben machen, es muss intelligent gelöst werden. Darüber werden wir in den nächsten Monaten sprechen müssen. Das Beschlossene wird unter einen Korrekturvorbehalt gestellt: im Jahr 2022/23 werden wir Bilanz ziehen, um zu sehen, wo wir in Bezug auf unsere Ziele stehen.



Bewerbungsstart für 2020

Internationale Karriereperspektiven in Meßkirch. Wir bilden Sie aus.

- Duales Studium DHBW Wirtschaftsingenieurwesen und BWL
- Bachelor-/Masterarbeiten und Praktika
- Verfahrensmechaniker/-in für Beschichtungstechnik
- Industriekaufmann/-frau (internationales Wirtschaftsmanagement)

BIX WE MAKE SURFACE INNOVATION WORK

www.bix-lackierungen.com Bix Lackierungen GmbH | Industriestraße 5 | 88605 Meßkirch



KIES- UND SCHOTTERWERKE
Müller
GmbH & Co. KG

Jettkofer Straße 2 | 88356 Ostrach
Telefon 075 85 93 18-0 | Telefax 075 85 93 18-50
info@kieswerke-mueller.de | www.kieswerke-mueller.de



Bauen Sie auf das stärkste
Fundament von allen: Vertrauen.

www.stocker-bau.de

 **STOCKER**

Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

Jugendlandtag ist ein voller Erfolg



Klaus Burger Mdl diskutiert mit Jugendlichen

Stuttgart. Von wegen „null Bock auf Politik“: über 175 Jugendliche aus ganz Baden-Württemberg diskutierten in den vergangenen zwei Tagen im Rahmen des Jugendlandtags 2019 mit den Landtagsabgeordneten. Vorausgegangen waren verschiedene Regionalkonferenzen, in denen sich weit mehr als 1500 Jugendliche engagiert eingebracht hatten. Ziel des Jugendlandtags ist es, junge Menschen für parlamentarischen Demokratie zu interessieren und diese erlebbar zu machen.

Als Sprecher für Ehrenamt und Freiwilligendienste der CDU Landtagsfraktion nahm Klaus Burger Mdl am Workshop „Engagement/Ehrenamt“ teil. Eine der engagierten Jugendlichen war die Vorsitzende der Landesjugendfeuerwehr Baden-Württemberg Anna Rink aus Herbertingen. „Es ist beeindruckend, wie strukturiert und überzeugend die Jugendlichen für Ihre Ideen und Vorschläge eintreten“, sagte Klaus Burger am Rande des Workshops.

Im Rahmen des Workshops wurden zusammenfassend Vorschläge und Forderungen zu den Themen „Gaffer“ und „ehrenamtliche Jugendarbeit“ formuliert. So sollen Ausbildungsmaßnahmen und Lehrpläne im Bereich Schulung im Umgang mit Gaffern ausgebaut werden.

Im Bereich Onlineaufklärung soll die Videopräsenz zum Thema respektvollem Umgang mit Rettungsdiensten und anderen Ehrenamtlichen ausgebaut werden.

Zudem setzten sich die Jugendlichen für eine Intensivierung der Kampagne „Jugend ist Mehrwert“ ein.

Klaus Burger und seine Landtagskollegen sagten zu, sich für diese Forderungen stark machen zu wollen. Den Jugendlandtag organisiert der Landtag gemeinsam mit dem Landesjugendring, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Ring politischer Jugend.



Der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger im Gespräch mit der Vorsitzenden der Landesjugendfeuerwehr Anna Rink aus Herbertingen



SCHOTTER TEUFEL

Schotter - Beton - Terrazzo
Baustoffrecycling - Logistik
Tief- und Straßenbau
Abbruch - Entsorgung

Heinrich Teufel GmbH & Co. KG
am Schachen 4, 72479 Straßberg
0 74 34 - 93 63 0
www.schotter-teufel.de



Nussbaum  Stiftung

Helfen kann so einfach sein

Mit einem Anruf können Sie die Nussbaum Stiftung einfach und unkompliziert unterstützen. Wir freuen uns über jede Spende, die wir weitergeben. Wir garantieren Ihnen eine sorgfältige Auswahl der unterstützten Projekte.

Die Spenden-Hotline lautet:

09001 22 55 44-00

www.nussbaum-stiftung.de

Kultusministerin Susanne Eisenmann

stellt Konzept des MINT-Exzellenzgymnasiums vor



Die baden-württembergische Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann (CDU) hat auf Einladung des Sigmaringer Landtagsabgeordneten Klaus Burger in Bad Saulgau weitere Einzelheiten zum MINT-Exzellenzgymnasium vorgestellt. Klaus Burger hatte dazu neben Bürgermeisterin Doris Schröter und Landrätin Bürkle auch Vertreter von Universitäten, des Schülerforschungszentrums Südwürttemberg und Unternehmer der Region eingeladen. Weit über 60 Teilnehmer auch aus dem Kreistag und dem Bad Saulgauer Gemeinderat sind seiner Einladung gefolgt.

Burger betonte in seiner Begrüßung, das Projekt MINT-Exzellenzgymnasium in Bad Saulgau, zu dem es bereits 2010 erste Überlegungen gegeben habe, hätte erst mit Übernahme des Kultusministerium durch Susanne Eisenmann so richtig Fahrt aufgenommen. Noch im Jahr 2012 hätten die damaligen Regierungsfractionen das Projekt im Bildungsausschuss des Landtags abgelehnt.

Burger sagte, er sei der Ministerin sehr dankbar, dass sie das Projekt zu ihrem Projekt gemacht habe. „Denn mit dem Leuchtturmprojekt wollen wir ein Zeichen setzen für eine vorbildliche Begabtenförderung im MINT-Bereich und wir wollen eine wegweisende Kooperation von Gymnasien, Universitäten und Wirtschaft des Landes hier bei uns im ländlichen Raum umsetzen“, so Burger.

Für die baulichen Maßnahmen, die Ausstattung und die investiven Kosten werde mit Investitionskosten von bis zu 80 Millionen Euro, für Bauunterhalt, Gebäudebetrieb, Ausstattung, das Modul Universität und die wissenschaftliche Begleitung mit laufenden Kosten von rund sechs Millionen Euro gerechnet.

192 hochbegabte Schüler in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik aus ganz Baden-Württemberg sollen in den Räumen der früheren Japanischen Schule besonders gefördert werden.

„Das neue MINT-Exzellenzgymnasium ergänzt das bestehende Gymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd und bestehende Züge für Hochbegabte an Gymnasien im naturwissenschaftlichen Bereich“, erläuterte Susanne Eisenmann.

Ab Klasse 10 werden die Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Informatik mit zusätzlichen Stunden ausgestattet. Ab Klasse 11 wählen die Schüler zwei Leistungsfächer aus dem MINT-Bereich. In einem Modul Universität wird eine enge Kooperation mit den Hochschulen in Ulm, Tübingen, Hohenheim und Stuttgart angestrebt.

Ringvorlesungen durch Uni-Professoren und Dozenten an der Schule mit digitaler Übertragungstechnik geben.

Im Fach Mathematik soll die Möglichkeit eines Schülerstudiums an Schule und Universität geschaffen werden.

Eng soll auch die Verknüpfung mit den Unternehmen im Modul Wirtschaft sein. Mit Kooperationen und Praktika sollen Forschung und Wirtschaft miteinander verknüpft werden.

„Bei aller Hochbegabtenförderung steht bei unseren Überlegungen aber das Wohl der Kinder im Vordergrund“, sagte die Ministerin. Diese müsse man unter Umständen vor sich selber schützen. Deswegen sind für die Schule neben 15 Sozialpädagogen auch zusätzlich Psychologen vorgesehen. „Ich habe gelernt, dass wir bei aller Förderung und Begeisterung für Naturwissenschaften am Exzellenzgymnasium Grenzen setzen müssen. Daher gehen an den für die Schüler stets frei zugänglichen Laboren um 22.00 Uhr die Lichter aus.“ Zudem werde das Internat von einem Sozialpädagogen geleitet. Darüber hinaus sollen Angebote in den Bereichen Musik, Sport, und Theater für einen Ausgleich sorgen.

In seinem Schlusswort sagte Klaus Burger: „Es wird eine besondere Schule, eine Schule, die es so noch nicht gibt. Es macht Freude, wie viele am Konzept auf den unterschiedlichen Ebenen mitarbeiten wollen.“



Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

Weitere 3,3 Mio. Euro aus dem Ausgleichsstock für den Landkreis Sigmaringen

Weitere 3,3 Millionen Euro aus dem Ausgleichsstock fließen in den Landkreis Sigmaringen. Dies hat Regierungspräsident Klaus Tappeser heute (04.06.2019) nach der Sitzung des Verteilungsausschusses „Ausgleichsstock“ dem Sigmaringer Landtagsabgeordneten Klaus Burger (CDU) mitgeteilt. Insgesamt 23,3 Millionen Euro wurden im Regierungsbezirk Tübingen verteilt. Schwerpunkt bei der Mittelverteilung waren Kindergärten und Schulen.

„Die Mittel aus dem Ausgleichsstock dienen dem Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Ländlichen Raumes wie auch der örtlichen Wirtschaft. Die Zuschüsse fließen in die Haushalte finanzschwacher Gemeinden und sollen ihnen helfen, notwendige kommunale Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren“, so der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger. In finanzschwachen Gemeinden seien viele Maßnahmen nur mit einer Förderung aus dem Ausgleichsstock zu verwirklichen, da sie die finanzielle Leistungskraft der einzelnen Gemeinde auf Dauer übersteigen würden. „Mit dem Ausgleichsstock unterstützt das Land Baden-Württemberg vor allem die Infrastruktur und die Wirtschaft der Gemeinden im Ländlichen Raum und leistet damit zugleich einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Gefördert werden neben

dem Neubau von öffentlichen Einrichtungen auch dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden.“

Eine Förderung durch Mittel aus dem Ausgleichsstock setzt unter anderem voraus, dass die konkrete Maßnahme nach den Grundsätzen einer leistungsfähigen, sparsamen und wirtschaftlichen Verwaltung geplant wurde. „Ich bin sehr dankbar, dass das Land mit diesen Ausgleichsstockmitteln dazu beiträgt, in unseren Gemeinden notwendige Infrastrukturen zu realisieren“, so Burger. Im Regierungsbezirk Tübingen stehen für das Förderjahr 2019 aus dem Ausgleichsstock 23,3 Millionen Euro zur Verfügung. Hierfür hatten sich 163 Gemeinden mit 165 Anträgen und einer Antragssumme von rund 53 Millionen Euro beworben. Insgesamt 29 Anträge konnten nicht berücksichtigt werden.

Bad Saulgau erhält 200.000 Euro für die Generalsanierung Schulgebäude 2 des Schulverbundes Bad Saulgau. Nach Beuron fließen 190.000 Euro als Investitionsbeteiligung zum Neubau Kindergarten Hausen im Tal sowie weitere 180.000 Euro für die Breitbanderschließung der Gesamtgemeinde Beuron. Bingen erhält 150.000 Euro für die Sanierung der Grundschule, nach Gammertingen fließen 200.000 Euro für die Erweiterung des Familienzentrums St. Martin um zwei Krippengruppen für die Kleinkindbetreuung.

Herdwangen-Schönach erhält 50.000 Euro für die Ersatzbeschaffung eines LF 10 für ein 30 Jahre altes TSF der Abteilung Oberndorf. Für den Umbau und die Sanierung des Kindergartengebäudes fließen 200.000 Euro nach Hettingen. Illmensee erhält 350.000 Euro für die Erweiterung der Grundschule durch bauliche sowie grundrissverändernde Maßnahmen und zur Herstellung der Barrierefreiheit. Nach Krauchenwies fließen 350.000 Euro für den Hochwasserschutzdamm Andelsbach. Weitere 80.000 Euro gehen nach Leibertingen für die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs 20 für die Freiwillige Feuerwehr Abteilung Leibertingen als Ersatz für das bisherige LF 16. Die Stadt Mengen erhält 150.000 Euro für den Umbau der Klassen 8 – 10 auf Gemeinschaftsschulpädagogik an der Sonnenlugschule. Für den Neubau eines Feuerwehrhauses mit acht Garagen, Waschhalle und Neben- und Sozialräume fließen 350.000 Euro nach Ostrach. Die Stadt Scheer erhält 400.000 Euro für die Sanierung des Adelspalais „Neue Residenz“. Nach Sigmaringen fließen 250.000 Euro für die Erweiterung und Sanierung des Kindergartens St. Fidelis. 50.000 Euro fließen nach Stetten a.k.M. für den Dachausbau des Kindergarten St. Felix im Ortsteil Frohnstetten. 150.000 Euro erhält Veringenstadt für die Breitbandversorgung FTTB-Gewerbegebiet Breitnau-Veringenstadt sowie Veringendorf.

Sommerprogramm Klaus Burger MdL



Im Rahmen seines Sommerprogramms besucht der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger derzeit unter anderem einige Handwerksbetriebe in der Region. Das Besondere: Burger kommt nicht als MdL mit Anzug und Krawatte, sondern arbeitet für ein paar Stunden als Praktikant in den Betrieben mit. Seine erste Station war die Bäckerei Zink in Hohentengen, wo Burger von 3.00 Uhr bis 08.30 Uhr in der Backstube mitarbeiten durfte. Die Bäckerei besteht bereits in der vierten Generation und bietet eine große Vielfalt an Vollkorn- und Mischbroten, Laugen- und Kleingebäck. „Ein toller Betrieb und das Markenzeichen: beste Zutaten, kleine Mengen, aber täglich frisch und alles in Handarbeit. Ein tolles Team“, sagte Klaus Burger nach seinem Praktikum. Weitere Stationen sind ein Praktikum bei Blumen-Maier in Sigmaringen-Laiz und Stalldienst auf dem landwirtschaftlichen Betrieb von Thomas Zimmerer in Bad Saulgau. Daneben stehen auch ein Besuch in der Son-

nenlugschule in Mengen, eine Besichtigung der Freibad-Sanierung in Sigmaringen sowie Betriebsbesuche mit dem energierpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Paul Nemeth auf der Agenda. Zudem wird Burger gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten von Bad Saulgau, Michael van Beek, eine Rollstuhl-Tour durch die Stadt machen. Auch eine Diskussion mit der Jungen Union Sigmaringen und Bodenseekreis, dessen Betreuungsabgeordneter Klaus Burger ist, zum Thema „Wasserqualität der Bodenseewasserversorgung“ ist fest eingeplant. Im September besucht Burger dann die Jugendfeuerwehr in Herbertingen.

„Ich freue mich, außerhalb meiner normalen Arbeit als Landtagsabgeordneter durch die vielfältigen Veranstaltungen meinen Blick zu erweitern und über den Tellerrand hinauszusehen. Außerdem machen mir die Termine auch Spaß“, so Klaus Burger abschließend.

Grillfest des CDU Stadtverbandes Sigmaringen

Bei schönstem Wetter feierte der Stadtverband Sigmaringen sein jährliches Grillfest vor der Sommerpause in Unterschmeien in der Waldhütte. Wie immer bestens organisiert vom stellvertretenden Vorsitzenden Berthold Hotz. Die Vorsitzende Sabine Maier begrüßte die zahlreichen Gäste, unter ihnen den parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium Thomas Bareiß, die Fraktions- und Ehrenvorsitzende Alexandra

Hellstern-Missel sowie Bürgermeister Marcus Ehm. Sie bedankte sich nochmals bei den Kandidaten für die Kommunalwahl und brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der eine oder andere der CDU erhalten bleibt, in welcher Funktion auch immer. Den Gewählten gratulierte sie noch einmal.

Der Dank der Vorsitzenden galt auch noch einmal ihren Helfern im Wahlkampf. Ihnen überreichte sie ein kleines Geschenk.

Nach hervorragendem Essen, zubereitet vom Vorstand des Männergesangsvereins Unter-/Oberschmeiens Andreas Janz, verbrachten alle bis weit in die Nacht noch schöne und gesellige Stunden bei Gesang, begleitet von Werner Köhler auf dem Akkordeon und der Gitarre, und guten Gesprächen.

Adolf Knoll



Filigran oder stahlhart:
Wir machen's!

Sigmaringer Straße 29 · 88630 Pfullendorf
Telefon 07552 6590 · Telefax 07552 8136
info@metallbau-vogler.de · www.metallbau-vogler.de

**METALLBAU
VOGLER GMBH** **M**

FÜRST
Laser- & Edelstahltechnik GmbH

Riedstraße 15
88356 Ostrach

- Laserschneiden
- Biegen
- Schweißen
- Geländer
- Balkone
- Treppen

Internet: www.fuerst-laser.de

Minister Guido Wolf bei Schwenninger Christdemokraten

Schwenningen (wk) Der baden-württembergische Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf, MdL war bei der Hauptversammlung des CDU Gemeindeverbandes zu Gast. In seiner Rede kritisierte er die Problematik um Diesel-Fahrzeuge mit den Worten: „Es muss mehr Vernunft einkehren. – Wir brauchen die erneuerte Dieselflotte“.

Gemeinsam mit dem Ortsvorsitzenden Wilfried Koch ehrte Guido Wolf das Mitglied Johann Grathwohl für 60 jährige Mitgliedschaft. Johann Grathwohl wurde für 60 Jahre, Karl Siber für 25 Jahre Mitgliedschaft in der CDU Schwenningen geehrt. Das Bild zeigt von links: Karl Siber, Johann Grathwohl, Vorsitzender Wilfried Koch, Minister Guido Wolf, Kassiererin Ulrike Scheuble und den stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Peter Müller

Er erhielt ebenfalls ein Geschenk wie auch Karl Siber, der seit über 25 Jahren den Schwenninger Christdemokraten angehört. Unter Regie von Bürgermeisterin Roswitha Beck fasste die Versammlung den Beschluss die Wahldauer der Vorstandsmitglieder von zwei auf drei Jahre zu erhöhen. Bei den Wahlen wurde Vorsitzender Wilfried Koch, dessen Stellvertreter Hans-Peter Müller, Kassiererin Ulrike Scheuble und Beisitzerin Zita Steidle in ihren Ämtern bestätigt. Für Markus Bayrle wurde Christina Kienitz zur Schriftführerin gewählt. Den Platz von Beisitzer Thorsten Mattes übernimmt Karl Siber. Nachdem die Mitgliedsbeiträge seit Jahrzehnten unverändert waren, werden diese durch einstimmigen Beschluss der Hauptversammlung ab dem Jahr 2020 von drei auf fünf Euro monatlich angepasst. Hintergrund sind die gestiegenen finanziellen Abführungen an den Kreis- und Landesverband. Der Mitgliederstand veränderte sich



Johann Grathwohl wurde für 60 Jahre, Karl Siber für 25 Jahre Mitgliedschaft in der CDU Schwenningen geehrt. Das Bild zeigt von links: Karl Siber, Johann Grathwohl, Vorsitzender Wilfried Koch, Minister Guido Wolf, Kassiererin Ulrike Scheuble und den stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Peter Müller.

in den letzten Jahren nur unwesentlich auf derzeit 33 Personen, informierte Kassiererin Ulrike Scheuble. Zuvor gab der Vorsitzende Koch einen Überblick auf zahlreiche örtliche und überörtliche politische Veranstaltungen, die von Mitgliedern besucht wurden. „Wir müssen wieder an Stabilität gewinnen und dürfen uns nicht in eine politisch unsichere Zukunft verabschieden“, forderte der Vorsitzende im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen. Er dankte den zehn Frauen und Männern, die sich am 26. Mai auf der Liste der CDU zur Gemeinderatswahl zur Verfügung stellen. Bürgermeisterin Roswitha Beck dankte den Schwenninger CDU-Mitgliedern für ihre engagierte Arbeit. Besonders lobte Beck die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten auf Landes-, Bundes- und Europaebene sowie das Engagement zur Findung von Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Minister Guido Wolf fand ebenfalls dankende Worte an den Schwenninger Gemeindeverband. In seinem Vortrag sprach er über die Überbelegung von baden-württembergischen Gefängnissen, besonders durch den Migranten-Anteil mit steigender Tendenz. Auch die Notwendigkeit der Steigerung des ärztlichen Dienstes im strukturschwachen, ländlichen Raum wurde vom Justizminister thematisiert mit den Worten: „Wir brauchen eine Landarztquote“. Das Land

müsse auch an differenzierten Bildungsangeboten für Schüler festhalten. Man benötige nicht nur Einser-Abiturienten, sondern auch technisch und handwerklich versierte junge Leute auf dem Arbeitsmarkt. Zur bevorstehenden Europawahl erklärte Wolf: „Der Brexit darf zu keiner Rosinen-Pickerei für Großbritannien führen“. Deutschland müsse in Europa weiter für die Rechtsstaatlichkeit kämpfen, damit die Meinungs- oder die Pressefreiheit nicht wie in einigen Ländern Osteuropas mit Füßen getreten würden. Und es dürfe keine Verhandlungen zur Mitgliedschaft in der EU mit Ländern geben, die Wahlen wiederholen lassen, weil ihnen das Wahlergebnis nicht passt. Die Europäische Union müsse in den kommenden Jahren Geschlossenheit demonstrieren. „Seit über 70 Jahren Frieden, das ist das größte Eigenschaft unserer EU“, so der Minister. Frieden sei nichts Selbstverständliches und müsse stets neu erarbeitet werden. Unter Diskussionsleitung von Hans-Peter Müller entwickelte sich eine interessante Runde bei der Bürgermeister-Stellvertreter Fritz Grad die Sanierungsbedürftigkeit der Straßen rund um Schwenningen bemängelte. „Die Landesstraße nach Stetten a.k.M. ist eine Holperpiste“, so Grad. Wolf entgegnete, man müsse zwischen Kreis- und Landesstraßen differenzieren, gab aber zu, dass es auch



Vorsitzender Wilfried Koch dankte Minister Wolf für seinen Besuch und überreichte ihm unter dem Beifall der Mitglieder und Gäste einen Geschenkkorb. Fotos: W. Koch

aufgrund von Planungsproblemen einen erheblichen Sanierungsstau gebe. Auf Anfrage von Georg Straub nach der Möglichkeit neue Ärzte auf den Heuberg zu bringen, verlangte Minister Guido Wolf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie eine Landarztquote. Der geehrte Johann Grathwohl beklagte die gestiegene Verschmutzung der Umwelt in Verbindung mit Versandhäusern wie AMAZON. Es sei ja inzwischen bekannt, dass immer mehr Leute „aus Jux“ Waren bestel-

len, um diese dann oft wegen Nichtgefallens kostenlos zurücksenden zu können. Diese würden oft in den Müll kommen. Das kränke System sei am besten durch Einkäufe bei Händlern und Fachgeschäften vor Ort zu umgehen, meinte der Minister dazu, denn sonst gingen diese nach und nach bankrott. Gerolf Weitzer stellte die Frage nach der Abschaffung des Solidaritätsbeitrages, Wolfgang Stingel verlangte die Steuerpflicht für AMAZON, Karl Siber beklagte die Baueinschränkungen

von Wohnungen in Schwenningen durch Flora-Fauna-Habitat (FFH). Dazu meinte der Minister, die CDU wolle den Kommunen Erleichterungen verschaffen. „Eigenentwicklung muss möglich sein, sonst wird uns der ländliche Raum austrocknen“, so Wolf. Schließlich forderte der Minister Korrekturen des Steuerrechts und antwortete damit auf Fritz Grads Frage nach der stark auseinander driftenden Schere bei Einkommenszuwächsen.

Minister Wolf bei Stingel

Deutschlands größter Baustoff-Recycler kommt aus Schwenningen

Schwenningen (wk) Der baden-württembergische Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf, MdL war im größten Schwenninger Unternehmen zu Gast. Das Unternehmen Friedrich Stingel GmbH zählt gemeinsam mit dem Tochterunternehmen SBR Stingel-Baustoffrecycling GmbH 140 Mitarbeiter. Seniorchef Wolfgang Stingel und die Söhne Christoph und Michael Stingel von der Geschäftsleitung freuten sich zusammen mit Bürgermeisterin Roswitha Beck über den Besuch des Ministers in der Heuberggemeinde. Insgesamt gehören der SBR derzeit 18 Brechanlagen, die bundesweit wertvolle Dienste leisten. „Damit ist SBR der größte Baustoff-Recycler in Deutschland“, informierte Christoph Stingel Minister Wolf. Auf über 300 Baustellen konnten mit den Brechanlagen in den letzten Jahren rund 3,5 Millionen Tonnen Baurestmassen zu wiederverwertbarem Recyclingmaterial überführt werden. Seit Jahren kann die Tief- und Straßenbaufirma Stingel auf ein gutes Auftragspolster bauen. Man legt im Ausbildungsbetrieb großen Wert darauf, dass junge Leute hier fachgerecht an die verschiedenen Berufe herangeführt werden. Nach einem Rundgang über das Firmengelände Minister Wolf zeigte sich von der Leistungsfähigkeit der beiden Schwesterfirmen beeindruckt. Unter anderem wurden große Berge von Recyclingmaterial bestaunt, die wieder sinnvoll im Unterbau von Straßen eingebaut werden können. Mit Stolz wies Seniorchef Wolfgang Stingel auf die größte Baustelle, die Stingel je hatte hin. Dabei handelte es sich um die Umfahrung von Neuhausen ob Eck. Im Raum Albstadt lieferte das Unternehmen sowohl bei großflächigen Pflasterungen in Ebingen als auch derzeit im Stadtteil Tailfingen bewundernswerte Arbeit ab, stellte die Bürgermeisterin fest. Roswitha Beck lobte das große Engagement der Familien Stingel. „Wir sind froh, dass das Familienunternehmen mit seinen beiden Firmen ihren Sitz bei uns hat“, erklärte sie dem Minister.

Gemeinsam diskutierte man über Probleme aufgrund der in den letzten Jahren ausufernden Bürokratie, die mittelständischen Un-

ternehmen wie Stingel die Arbeit sowohl im personellen als auch im finanziellen Bereich erschwerten.



Justiz- und Europaminister Guido Wolf besuchte Stingel in Schwenningen. Das Bild zeigt von links: Geschäftsleiter Michael Stingel, Bürgermeisterin Roswitha Beck, Minister Guido Wolf, Geschäftsleiter Christoph Stingel und Seniorchef Wolfgang Stingel beim Rundgang auf dem Betriebsgelände.

Foto: W. Koch



Aktuelle Stunde zur Europawahl mit Norbert Lins in Herdwangen-Schönach

Die heiße Phase des Europawahlkampfes leitete der CDU-Ortsverband Herdwangen-Schönach Ende April in Aftholderberg mit Norbert Lins ein, dem Kandidaten unserer Region für das Europäische Parlament. „Noch ein paar Tage bis zur Wahl - wie ist die Lage?“ wollte Simon Kläiber als Ortsverbandsvorsitzender zu Beginn der Aktuellen Stunde aufmunternd von unserem Europaabgeordneten wissen. Umfragen sähen die CDU/CSU als „die Europapartei“ bei etwa 30 % - gemäß Lins kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, ist die Lage doch heute schnell veränderlich. Und mit klarer Positionierung - „Es war nicht immer so viel Union in der Union“ - stimmte er die 25 Zuhörer im bewährten Gasthaus Frieden in Aftholderberg auf CDU-Kurs ein: „60 Jahre nach Walter Hallstein“ habe man bei dieser Wahl mit Manfred Weber, als Bindeglied zwischen CDU und CSU, erstmals wieder die Möglichkeit, den Kommissionspräsidenten - quasi den Regierungschef der EU - zu stellen. Die Europäische Volkspartei (EVP) als derzeit größte Fraktion im Europa-Parlament und Zweckbündnis mehrerer nationaler Einzel-Parteien konservativen Zuschnitts habe gute Karten; wobei Lins die Formel „Rechts- und Linksaußen ist kein Europa“ pragmatisch angeht: Auch Links gebe es demnach „unappetitliche Leute“, was in den Medien gerne (mit Absicht?) übersehen werde. Eine deutliche pro-europäische Mehrheit finde sich zwar

in der Mitte, wobei aber eher linkere Kräfte regelmäßig eine weitergehende Vergemeinschaftung auf allen Ebenen forderten. Dem halte die EVP alternativ eine vernünftige Weiterentwicklung der Wirtschaft entgegen. Speziell für Baden-Württemberg relevant sei die eher contraproduktive CO2-Gesetzgebung: Man dürfe die Schlüsselindustrien nicht mutwillig zerstören, mahnt Lins. Leider betreiben gerade hierzulande maßgebliche Kräfte solche Kampagnen, welche zu Ergebnissen führten, die dann letztlich auch nur in Deutschland völlig übertrieben umgesetzt würden. Die monströse Datenschutzverordnung sei hier das beste Beispiel, die der jetzige Außenminister, so Lins mit einem Augenzwinkern, damals schon „Maaß-los“ initiiert und durchgezogen habe. Trotz allem sei der europäische Binnenmarkt ein Glücksfall gerade für unsere Region, die Weiterentwicklung zu einer Wertegemeinschaft unabdingbar - aber auch dies sei nicht nur eine Aufgabe der EVP, wie Lins mit Blick auf Ungarns Orban bemerkt. Denn gerade auch die sozialistischen und liberalen Parteigruppierungen hätten ihre „buckelige Verwandtschaft“, Rumaniens Dragnea zum Beispiel, und man sollte hier eine klare Sprache sprechen. In puncto Schutz der Außengrenzen sei eine kräftige Aufstockung und Legitimierung der Grenzschutztruppe Frontex für die EU unumgänglich - hier müsse deutlich ambitionierter gehandelt werden.



Die gerade beschlossene Verlängerung des Brexit-Datums auf Oktober hiegegen bewertet Lins skeptisch, schon hinsichtlich der Europawahl. Etliche Fragen aus der Zuhörerschaft an Lins, der unsere Region bereits seit 2014 als Abgeordneter im EU-Parlament vertritt, bewiesen, daß er mit seinem Vortrag Impulse geben konnte - speziell der jüngste Zuhörer, Jonas Gerster, ging mit einer Frage zur umstrittenen Urheberrechtsreform gleich ans Eingemachte, eine Lösung ohne die sogenannten Uploadfilter sei hier aber gemäß Lins durchaus machbar -, und es oblag schließlich dem ebenfalls anwesenden Bundestagsabgeordneten Lothar Riepsamen, den Wählern mit Norbert Lins einen kompetenten Kandidaten, direkt aus unserer Region und deshalb im Interesse von uns allen, mit Nachdruck ans Herz zu legen.

Nachruf

Die Christlich Demokratische Union trauert um sein langjähriges Mitglied

Karlheinz Kirchmaier

der im 74. Lebensjahr verstorben ist.

Unerwartet trifft uns die Nachricht von seinem Tod.

Karlheinz Kirchmaier war über 52 Jahre treues Mitglied. In den Jahren 1989 bis 2007 hat er als Vorsitzender des Stadtverbandes Meßkirch inne. In dieser Zeit, 1989 bis 2009 kümmerte er sich intensiv als CDU Gemeinderat um kommunalpolitische Themen der Stadt. Von 1995 bis 1999 war er stellvertretender Bürgermeister und 1994 bis 1999 Mitglied des Kreistages. Gleichzeitig war er von 1989 bis 1993 stellvertretender Kreisvorsitzender des CDU Kreisverbandes Sigmaringen. Wir kennen ihn als einen Menschen der viel hinterfragte und auch kritisch diskutierte, aber immer das bessere Ziel im Auge hatte. Vermutlich auch von seinem Beruf Polizist geprägte Lebenshaltung „Recht und Ordnung“, hat er nie aufgegeben. Auch seine tiefe Verwurzelung zum heimatlichen Brauchtum oder sein großes Engagement in der Dokumentation der Geschichte sowie eine kritische Presseberichterstattung schätzten wir sehr.

Wir sind dankbar für seine Lebensleitung und die Zeit, die wir mit ihm arbeiten durften.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Christlich Demokratische Union

Klaus Burger MdL

CDU Kreisvorsitzender

Sigmaringen

Christa Golz

CDU Stadtvorsitzender

Meßkirch

Jahreshauptversammlung der Kreis-Senioren-Union mit Neuwahlen

Mit der Wahl von Franz Vees zum neuen Vorsitzenden als Nachfolger von Waltraud Frensch wurden bei der Jahreshauptversammlung der CDU-Senioren-Union Kreisverband Sigmaringen die Weichen für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft gestellt.

Waltraud Frensch eröffnete die Versammlung und hieß die Mitglieder willkommen, allen voran den Referenten des Tages, Bürgermeister a. D. Erwin Mohr aus Wolfurt in Österreich. In ihrem letzten Rechenschaftsbericht informierte Waltraud Frensch in der Seniorenwohnanlage in den Fideliswiesen über die Arbeit im Bezirksverband Württemberg-Hohenzollern. Im Rahmen einer politischen Bildungsreise sei man im Juni im Kosovo gewesen und habe dabei einen tiefen Einblick in den jungen Staat erhalten. Die Teilnehmer der Reise seien sogar vom Parlament und vom Ministerpräsidenten empfangen worden und dabei sei es zu einem intensiven Meinungsaustausch gekommen. Bereits bei ihrem 80. Geburtstag habe sie angekündigt ihr Amt in jüngere Hände legen zu wollen, das sie vor neun Jahren nach dem Tod von Josef Briem

übernommen hatte. Sowohl für ihr Amt als stv. Vorsitzende im Bezirksvorstand und als Mitglied im Landesvorstand der Senioren-Union werde sie bei den nächsten Sitzungen mit Wahlen nicht mehr kandidieren. Auch bei der bevorstehenden Sitzung der „Senioren Plattform Bodensee“ werde sie für ihr Amt im Vorstand nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Entlastung des Vorstandes und die notwendigen Wahlen gingen zügig und reibungslos unter der Regie von Ursula Kirsch über die Bühne. Einstimmig wählte die Versammlung Heimleiter Franz Vees in geheimer Wahl für die Dauer von zwei Jahren zum neuen Vorsitzenden. Gemäß Beschluss der Versammlung erfolgten die weiteren Wahlen per Akklamation. Stellvertretende Vorsitzende: Helmut Zwißler (Krauchenwies) und Ernst Behringer (Sigmaringen). Beisitzer: Karl Brigel (Engelswies), Karlheinz Gonschorek (Sigmaringen), Heini Kopp (Inzigkofen), Dieter Rehm (Sigmaringen), Karl Brigel (Engelswies) und Ursula Kirsch (Laiz). Schriftführer: H. Töpfer.

Als Delegierte für den Bezirksparteitag wird Waltraud Frensch den Kreisverband vertre-

ten. Delegierte beim Landesparteitag: Helmut Zwißler und Waltraud Frensch. Delegierte beim Bundesparteitag: Waltraud Frensch. Langanhaltender Beifall begleitete die Verabschiedung von Waltraud Frensch. Der neue Vorsitzende Franz Vees dankte für das ihm bei seiner Wahl entgegen gebrachte Vertrauen und würdigte das neunjährige, ehrenamtliche Engagement von Waltraud Frensch, der er als sichtbares Zeichen der Anerkennung für ihre geleistete Arbeit ein Präsent überreichte.



Unser Bild zeigt die scheidende Vorsitzende Waltraud Frensch (l.) mit ihrem frisch gewählten Nachfolger Franz Vees. Foto: Günther G. Töpfer

Neuwahlen beim JU Stadtverband Sigmaringen

Lisa Kaut ist neue Vorsitzende

Am Samstag, 27. April 2019 trafen sich die Mitglieder des JU-Stadtverbandes Sigmaringen im Gasthaus „Traube“ zu ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Einstimmig wählte die CDU-Nachwuchsorganisation die 15-jährige Unterschmeierin Lisa Kaut zur neuen Vorsitzenden. Unterstützt wird sie von Livin Ertekin, Nathanael Hund und Lilli Missel, die ebenfalls einstimmig zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden. Schatzmeister bleibt Kai Holz aus Gutenstein. Als Beisitzer wählten die JÜler Sophia Fischer, Christina Schlaich, Sebastian Wessner und Marvin Stöcker. Als Kassenprüfer fungiert in Zukunft der scheidende JU-Ortsvorsitzende Tim Lange und der Bürgermeister von Sigmaringendorf Philip Schwaiger.

Tagungspräsidentin Katharina Burger, die JU-Kreisvorsitzende, freute sich, dass ein junges Team nun die Geschicke der JU Sigmaringen in die Hand nehmen wird und sagte ihre Unterstützung zu. Auch die CDU-Stadtverbandsvorsitzende Sabine Maier, die Fraktionsvorsitzende Alexandra Hellstern-Missel und Bürgermeister-Stellvertreter Elmar Belthle sagten dem neuen Vorstand ihre Unterstützung zu. Belthle betonte in seinem Grußwort,

dass viele mittlerweile etablierte CDUler ihr Rüstzeug in der Jungen Union erworben hätten. „Seid der Stachel im Fleisch der Christdemokraten. Wir halten das aus und sind bereit, von Euch auch zu lernen“, sagte Elmar Belthle. Im Anschluss an die Wahlen gab es ein gutes Gespräch mit den zahlreichen anwesenden CDU-Kommunalwahlkandidaten. „Wir sind froh, wenn Ihr uns im Wahlkampf unterstützt“, sagte Stadtverbandsvorsitzende Sabine Maier. Alexandra Hellstern-Missel freute sich, dass die neue Vorsitzende Lisa Kaut sich auch im Jugendforum der Stadt Sigmaringen

engagiert und betonte: „Alle Fraktionen unterstützen die Arbeit des Jugendforums. Es ist eine tolle Möglichkeit für junge Leute zwischen 13 und 21 Jahren sich in Sigmaringen einzubringen und ihre Wünsche und Vorstellungen für die Stadt an den Gemeinderat heranzutragen.“

Die neue Vorsitzende Lisa Kaut will den JU-Stadtverband neu aufstellen. Mitgliederwerbung und attraktive Aktionen stehen für sie im Mittelpunkt. „Ich freue mich auf die Aufgabe und will unseren Verband mit Eurer Hilfe voranbringen“, sagte Kaut in ihrem Schlusswort.



Kai Holz, Nathanael Hund, Lisa Kaut, Lilli Missel, Sophia Fischer, Livin Ertekin

Aus den Vereinigungen

CDU-Mittelstand unterstützt Forderung nach Zentralabitur

Die Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT) im Bezirk Württemberg-Hohenzollern (WüHo) unterstützt die Forderung der Kultusministerin Baden-Württembergs, Dr. Susanne Eisenmann, nach einem bundesweiten Zentralabitur. Der Wirtschaftsflügel sieht darin den ersten Schritt zu einer Harmonisierung deutscher und zukünftig auch gesamteuropäischer Bildungsabschlüsse.

Die MIT beklagt zum einen eine mangelnde Vergleichbarkeit von Abschlüssen sowie eine Noteninflation bei vielen Schultypen. Gerade in Bewerbungsverfahren für Ausbildungsplätze sowie für Hochschulen und Universitäten seien Noten oftmals der elementarste Bewertungsmaßstab, welche jedoch zu sehr von Art und Ort einer Schule abhingen. Zudem fänden auch weiche Faktoren, also die persönliche Eignung eines Schülers für eine Ausbil-

dung oder ein Studium, zu wenig Beachtung. Bastian Atzger, der Vorsitzende der MIT WüHo, sieht Hochschulen und Betriebe offen für eine Harmonisierung von Bildungsinhalten, macht jedoch die größte Schwierigkeit bei der politischen Umsetzung aus: „Wir stellen häufig fest, dass die Politik lieber das Anspruchsniveau absenkt und eine Inflation von Bestnoten in Kauf nimmt, um sich nicht, wie auch unlängst in Bayern geschehen, durch öffentlichkeitswirksame Protestaktionen von Eltern und Schülern in sozialen Netzwerken in die Defensive drücken zu lassen.“

Die Einführung und Überwachung des Zentralabiturs solle durch einen Nationalen Bildungsrat erfolgen, der ohnehin bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbart wurde, jedoch bislang von der baden-württembergischen Kultusministerin ab-

gelehnt wird. Die MIT sieht hierin jedoch die Chance, neben Politikern vor allem Experten aus Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft einzubeziehen und auf Basis einer transparenten und qualitativen Bildungspolitik bundesweit vergleichbare Standards etablieren.

Für den Mittelstand ist dies jedoch nur der erste Schritt. So sollten in nicht allzu ferner Zukunft vom niedrigsten Schulabschluss bis zur Promotion europaweit vergleichbare Anspruchskriterien verfasst und eingehalten werden. „Es ist bereits ein hehres Ziel, ein Zentralabitur für 16 Bundesländer zu entwerfen,“ so Atzger, „jedoch sehen wir bei der Bildung einen dringenden Bedarf für eine europäische Harmonisierung mit klaren Vorgaben, welche fachlichen und sozialen Kompetenzen ein Absolvent einer bestimmten Schulform besitzen muss.“

Vorankündigung

Was? Wann? Wo?

42. Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Sigmaringen

mit Neuwahlen des Kreisvorstandes
am Freitag, 11. Oktober 2019 um 19.00 Uhr
im Gasthaus Linde in Göggingen
Einladung erfolgt separat mit der Post!

LEADER-Aktionsgruppe

Oberschwaben:

Alois Henne ist neuer

Vorsitzender

Bei der Mitgliederversammlung der Aktionsgruppe Leader-Oberschwaben ist der langjährige ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Sigmaringendorf Alois Henne zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Heinrich Güntner, der das Gremium 20 Jahre lang geführt hatte, stand nicht mehr zur Wahl und wurde vom Gremium zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Der Sigmaringer Landtagsabgeordnete Klaus Burger wird auch zukünftig dem Vorstand angehören. Leader ist ein Förderprogramm der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg für den ländlichen Raum. Die Aktionsgruppe Oberschwaben besteht aus 44 Städten und Gemeinden und liegt in den Landkreisen Alb-Donau, Biberach und Sigmaringen. Klaus Burger gratulierte dem neuen Ehrenvorsitzenden Heinrich Güntner und dankte ihm für seinen außergewöhnlichen Einsatz während der vergangenen 20 Jahre. „Da war viel Herzblut dabei“, sagt Burger. Dem neuen Vorsitzenden Alois Henne wünschte Burger viel Freude im neuen Amt und für alle anstehenden Vorhaben ein gutes Gelingen und sagte ihm seine volle Unterstützung zu.



Nummer gegen Kummer
0800 1110550
Elterntelefon

Für Eltern und andere Erziehende.
Bei kleinen und großen Fragen
rundum die Erziehung.

Wir beraten – in Ruhe, kostenlos, anonym.

montags und mittwochs 9 – 11 Uhr
dienstags und donnerstags 17 – 19 Uhr

0800 111 0 550



die lobby für kinder

Impressum

Herausgeber:

CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15 E-
Mail: service@cdu-bw.de

Verantwortlich:

Landesteil:
Christian Mildenerger, Landesgeschäftsführer
der CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15 E-
Mail: presse@cdu-bw.de

Kreisteil:

CDU-Kreisverband Sigmaringen
Carmen Patock
E-Mail: cdu-kv-sig@t-online.de

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

Klaus Nussbaum, Geschäftsführer Nussbaum
Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG
Opelstraße 29, 68789 St. Leon-Rot
Telefon: 06227 873-0
E-Mail: rot@nussbaum-medien.de

Beauftragter für Anzeigenschaltungen (Anzeigenmakler):

Knöpfe Medien UG (haftungsbeschränkt)
Winnender Str. 20, 71522 Backnang
Tel.: 07191 34338-0
E-Mail: knoepfle.medien@gmail.com,
anzeigen.union.intern@gmail.com

Bezugspreis: UNION intern ist das offizielle
Mitgliedermagazin des Kreisverbandes
Sigmaringen. Es erscheint viermal im Jahr
und wird allen Mitgliedern im Rahmen der
Mitgliedschaft ohne gesonderte Bezugs-
gebühr geliefert.